

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

Als US-Präsident John F. Kennedy im Juni 1963 West-Berlin besuchte, beschäftigte dies auch die DDR-Führung. Die Stasi informierte sich ausführlich über Details und Hintergründe des Aufenthalts.

Am 26. Juni 1963 besuchte der US-amerikanische Präsident John F. Kennedy West-Berlin. Anlass war der 15. Jahrestag der Berliner Luftbrücke. Im Mittelpunkt des Besuchs stand eine gemeinsame Fahrt mit Bundeskanzler Konrad Adenauer und Berlins Regierendem Bürgermeister Willy Brandt im offenen Wagen durch die westliche Stadthälfte. Dabei säumten etwa zwei Millionen Menschen jubelnd die Straßen, um den amerikanischen Präsidenten in Empfang zu nehmen. Die anschließende Rede Kennedys vor dem Schöneberger Rathaus gipfelte in seinen berühmten Ausspruch "Ich bin ein Berliner".

Das Bekenntnis des US-Präsidenten zur Enklave West-Berlin als einer vor dem Kommunismus zu verteidigenden freien Stadt war während des Kalten Krieges von besonderer Bedeutung für die westliche Welt. Die DDR-Führung befürchtete Aufruhr in Ost-Berlin und verhängte das Brandenburger Tor vorsorglich mit Sichtblenden, um einen freien Blick über die Mauer auf John F. Kennedy zu verhindern. Bereits im Vorfeld des angekündigten Besuchs wurde die Staatssicherheit aktiv, um Sympathiebekundungen für Kennedy in Ost-Berlin und potentielle Grenzübertritte zu verhindern.

Das vorliegende Dokument enthält Informationen zum voraussichtlichen Ablauf von Kennedys Besuch in der geteilten Stadt. Die Stasi wertete hierfür auch Aussagen westdeutscher Politiker aus. So soll der West-Berliner Bürgermeister Willy Brandt die Einladung von Kennedy zunächst ohne Beteiligung von Bundeskanzler Konrad Adenauer geplant haben.

Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 198, Bl. 30-37

Metadaten

Urheber: MfS
Rechte: BStU

Datum: April bis Juni 1963

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU
000030

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Holzage

Streng geheim!		Berlin, den	Gefertigt	Exempl.
Um Rückgabe wird gebeten!				
Nr. 361 / 53		<i>Vertreter</i>		Blatt
7. Ref. c		1. Gen. Ulbr. ✓ 2. " Hlsm ✓ 3. " Werner ✓ 6. " Hosen ✓ 5. " Wünse ✓/VII 4. " Florin ✓ 8. Holzage	7	Exemplar

EINZEL-INFORMATION

über

den Besuch Kennedys in Westdeutschland und Westberlin

1. Voraussichtlicher Ablauf des Besuchs Kennedys in Westdeutschland und Westberlin

Nach den bisher vorliegenden Meldungen über das Beiseoprogramm Kennedys wird er am 23.6.1963 in Bonn eintreffen. Der 24.6. ist für politische Verhandlungen mit Vertretern der Bonner Regierung und Parteien sowie für eine Pressekonferenz vorgesehen.

Am 25.6. wird Kennedy in der Frankfurter Paulskirche sprechen, amerikanische Einheiten in Hanau und das Hauptquartier der US-Luftstreitkräfte in Europa in Wiesbaden besuchen. Während dieses Tages wird Kennedy von Vizekanzler Erhard begleitet.

Beim Besuch der amerikanischen Truppen in Hanau landet Kennedy auf dem Militärflugplatz Langendiebach bei Hanau und wird dort von Hessischen Ministerpräsidenten Dr. Zinn, vom Vizekanzler Erhard und Außenminister Schröder begrüßt. Die Hessische Landesregierung beabsichtigt, am Abend des 25.6. einen Empfang im Wiesbadener Kurhaus zu geben.

- 2 -

Signatur: BArch, MfS, HV A, Nr. 198, Bl. 30-37

Blatt 30

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU

000031

- 2 -

Am 26.6. wird Kennedy nach Westberlin fliegen und sich dort einige Stunden aufzuhalten. Nach bislangigen Berichten wird Kennedy bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz Tempel von Adenauer, Brandt und anderen führenden Bonner und westberliner Regierungsvertretern begrüßt.

Wie inoffiziell bekannt wurde, fuhr ein Kommando der Westberliner Polizei mit Vertretern der Protokollabteilung des Senats und Offizieren der amerikanischen Armee in Westberlin am 26.6.1963 die Strecke ab, die Kennedy während seines Aufenthaltes am 26.6.1963 in Westberlin zu fahren wird. Nach seiner Ankunft auf dem Flugplatz in Tempel wird Kennedy über die neue Start-Autobahn, von Kaiser-Denkmal, vorbei an der Siegesäule, dem Bundeshaus, der Konzerthalle, dem Reichstag zum Brandenburger Tor fahren. Auf seiner Weiterfahrt zum Schöneberger Rathaus wird er über Potsdamer Platz, Hallesche Tor, Mehringdamm, Dudenstraße, Hauptstraße, Unterstrucker Platz und Innstrucker Straße fahren. Nach dem Aufenthalt im Schöneberger Rathaus ist eine Fahrt zur Freien Universität über die Martin-Luther-Straße, Kantstraße, Klosterstraße, Schloßstraße, Unter den Linden, Thielallee und Larystraße vorgesehen. (Weitere Streckenführungen, war bis noch nicht bekannt.)

Nach der voraussichtlichen Planung soll Kennedy vor der Westberliner Kongresshalle, vor dem Schöneberger Rathaus und in der Freien Universität zur Bevölkerung sprechen. Die Durchführung der Kundgebung auf dem Platz vor dem Gelände des ehemaligen Reichstages sei sowohl von den Westberlinern als auch von den amerikanischen Sicherheitsbehörden abgesprochen worden.

Die Staatsgrenze zur DDR soll durch Kennedy am Brandenburger Tor, am Potsdamer Platz und am Ausländerübergang Friedrichstraße besichtigt werden.

Für die Stadtrundfahrt mit Kennedy habe Brandt erstmals vorgeschlagen, daß er mit dem Präsidenten einen Wagen benutzt,

- 3 -

HVA Nr. 198 / 32

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

361/63

BStU
030032

- 3 -

während Adenauer in einem zweiten Wagen folgen soll. Auf Vorschlag der USA habe man sich jetzt darauf geeinigt, daß Kennedy mit Brandt und Adenauer in einem Wagen fahren wird.

Die Fahrzeugkolonne, die Kennedy in Westberlin begleiten wird, soll ca. 70 Fahrzeuge umfassen.

Von mehreren Quellen wurde bekannt, daß der Senat und diejenigen für die Vorbereitungen des Empfanges von Kennedy gebildete Sonderkommission darauf orientiert, den Kennedy-Besuch einen "westberlinerischen Rahmen" zu geben. In der vorläufigen Planung soll berücksichtigt werden mein, den amerikanischen Präsidenten zu empfehlen, auch "Westberlin" aufzunehmen und eine Besichtigungsfahrt zu unternehmen. Die Pläne des Senats sollen dahin gehen, den Kennedy-Besuch zu einer Belebung des "Befreiungsgedankens" für die Bevölkerung in der "Zone" auszunutzen.

2. Reaktion in führenden Bonner und Westberliner politischen Kreisen auf den Besuch Kennedys

Zuvorliegend wurde bekannt, für welche politischen Ziele die führenden politischen Kreise Bonns und Westberlins den Kennedy-Besuch insbesondere in Westberlin auszunutzen versuchen.

Erstens soll Kennedy durch einen starken Kontakt mit der Westberliner Bevölkerung, durch eine erweiterte Stadtlaufdurchfahrt und die geplante große Kundgebung vor dem Schlossbergen Rathaus

- 4 -

HVA Nr. 198 / 33

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU

000033

- 4 -

die Überzeugung aus Westberlin mitzunehmen, daß der "Freiheitswillen" der Bevölkerung "ungebrochen" sei. Kennedy soll damit zur "Unbeugsamkeit" in der amerikanischen Westberlinpolitik angehalten werden.

Zweitens soll Kennedy ein starker Eindruck von den "Folgen der Teilung Berlins" vermittelt werden, er soll dazu gebracht werden, in künftigen politischen Kontakten mit den Sowjetunion und einem evtl. nächsten persönlichen Gespräch mit Goratschtschow darauf hinzuwirken, daß die Westberliner Bevölkerung zumindest wieder ein "gewisses Maß von Freiheitlichkeit" durch die Möglichkeit von Besuchen des demokratischen Berlin erlangt.

Drittens soll Kennedy davon überzeugt werden, daß die politische Stellung Westberlins nur durch eine Stärkung der sog. Bindungen an die Bundesrepublik gehalten werden kann. Kennedy soll den Eindruck gewinnen, daß auf diesem Gebiet zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion unangebracht sei. Die sog. Rechte der Bundesrepublik in Westberlin dürften nicht verschmäht, sondern im Gegenteil durch die Schaffung vorliegender Tatsachen ständig erweitert werden. Die USA sollten auch gezeigt werden, ihre Bedenken dagegen aufzugeben, daß die Bundesregierung regelmäßig in Westberlin tagt, daß ein zweiter Parlamentssitz in Westberlin errichtet wird und längere Sitzungsperioden des Bundestages in Westberlin stattfinden, was faktisch auf eine Minderheit Westberlins in die Bundesrepublik hinauslaufe.

In führenden Bonner Kreisen wurde ein geschlüssigt, daß Adenauer in verstärktem Maße bedarf ist, die sog. Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik zu festigen und die "Verantwortung" der Bundesregierung für Westberlin s. immer in den Vordergrund zu rücken. Er versucht von einer nationalistischen Position aus, unter der Losung "Aktivierung der westlichen Berlinpolitik", die Westmächte in ihren Verhältnissen gegenüber der Sowjetunion und der DDR noch stärker auf die Linie Bonns festzuhauen. Das zeige sich besonders in seiner demonstrativ skeptischen Beurteilung der sowjetisch-amerikanischen Gespräche und in seiner Forderung, Kennedy während seines geplanten Besuchs in Westberlin gemeinsam mit anderen führenden Bonner Politikern zu begleiten.

- 5 -

HUA Nr. 198 / 34

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU
030034

- 5 -

Durch seine gleichzeitige Anwesenheit in Westberlin, versucht Adenauer zu verhindern, daß Kennedy in Westberlin in den Fragen des Abschlusses eines deutschen Friedensvertrages und der Lösung der Westberlinfrage eine der Bonner Konzeption zuwiderräuflende Haltung einnimmt.

Die USA standen dem Vorhaben Adenauers mit großer Skepsis gegenüber. Kennedys Besuch in Bonn ist, nach der britanischen Auffassung, kein offizieller Staatsbesuch, sondern ein informativer Arbeitsbesuch. Die USA wollten damit verhindern, daß der Besuch des amerikanischen Präsidenten zu einer Demonstration der sog. Bindungen Westberlins an die Bundesrepublik ausgeweitet werde. Nach Angaben von den führenden Bonner politischen Kreisen habe die amerikanische Regierung versucht, Adenauer davon zu überzeugen, daß seine Anwesenheit in Westberlin während des Kennedy-Besuchs nicht erforderlich sei. Adenauer habe aber darauf bestanden und von einem "Abschiedswunsch" am Ende seiner Regierung zweit geäußert.

Kennedy habe gefordert, daß Adenauers kurze Begrüßungsansprache ihm vorher in Wortlaut vorgelesen wird. Die amerikanische Regierung legt besonderen Wert darauf, daß in der Rede keine Formulierungen von einer staatlichen und Völkerrechtlichen Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik enthalten sind. Es dürfe lediglich die "besondere Verantwortung" der Bonner Regierung für Westberlin zum Ausdruck kommen.

Nach einer Aufführung von Lemmer wolle Brandt sich nicht die Gelegenheit entgehen lassen, seine Position durch den Kennedy-Besuch politisch und propagandistisch aufzuwerten. Er wolle vor den Kameras des Westdeutschen Fernsehens nicht mit Adenauer, sondern allein neben Kennedy stehen.

Wie aus führenden CDU-Kreisen zuverlässig bekannt wurde, soll der Besuch Kennedys nach Westberlin auf Grund von Bemühungen Brandts und seines direkten Kontaktes mit führenden Kreisen um Kennedy beschlossen worden sein. Brandt

- 6 -

HVA Nr. 198 / 35

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU

000035

- 6 -

begann bereits vor den Westberliner Wahlen damit, seine Absichten, Kennedy nach Westberlin einzuladen, durchzusetzen. Er versuchte in der US-Mission in Westberlin und in der amerikanischen Botschaft in Bonn eine positive Beurteilung eines Westberlin-Besuchs durch Kennedy zu erlangen. Der ehemalige US-Botschafter in Westdeutschland Dowling soll ihm dabei geraten haben, einen seiner engsten Mitarbeiter in vertraulicher Mission nach Washington zu schicken.

Daraufhin wurde Bahr von Brandt ohne weitere Konsultierung der Westberliner CDU und der Bundesregierung beauftragt, mit dem stellv. amerikanischen Außenminister Ball und Justizminister Robert Kennedy die Möglichkeit eines Westberlin-Besuchs des Präsidenten zu besprechen.

Im Auftrage Brandts soll Senatspressechef Bahr bei seinem Aufenthalt in den USA die Auffassung vertreten haben, daß angesichts der Wiederaufnahme der sowjetisch-amerikanischen Gespräche über die Deutschland- und Westberlinfrage ein Westberlin-Besuch Kennedys zu einer Stärkung der amerikanischen Position in dieser Frage beitragen könne. Nach Meinung der genannten führenden CDU-Kreise sei Brandt der Auffassung, daß sich die Westberlinfrage jetzt nach den Kubaereignissen des vergangenen Jahres in einer größeren Periode "relativer Ruhe" befindet, und damit günstige Voraussetzungen für einen Besuch des amerikanischen Präsidenten in (West)Berlin vorhanden wären.

Diese Argumentation Brandts habe sich in längeren Debatten im amerikanischen Außenministerium durchgesetzt. Brandt habe durch Bahr zu verstehen gegeben, daß die amerikanischen Erwägungen nicht durch eine Konsultation der Bundesregierung gestört werden sollten. Es hande sich dabei allein um die amerikanischen Interessen und die Stellung der USA in Westberlin.

Robert Kennedy habe sich auf Grund seiner in Westberlin gewonnenen persönlichen Bindung sehr für einen Westberlin-Besuch des Präsidenten eingesetzt. Rusk soll dagegen auf einer Konsultation der Bundesregierung bestanden haben.

- 7 -
HUA Nr. 198 / 36

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU

000036

- 7 -

Die Differenzen zwischen der Westberliner CDU und der CDU/CSU in Bonn sowie zwischen der SPD und der CDU haben sich im Zusammenhang mit dem Besuch Kennedys verschärft. Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird von Amrehn das Drängen Adenauers, während des Kennedys-Besuchs ebenfalls in Westberlin zu sein, sehr kritisch betrachtet. Amrehn befürchtet Auseinandersetzungen innerhalb der Westberliner CDU, die nach der Rückkehr Adenauers nach Bonn wieder bei ihm (Amrehn) hängen bleiben würden.

Der Bundesvorstand der CDU hat nach internen Angaben sehr darauf gedrängt, daß Adenauer Kennedy in Westberlin empfängt und begleitet. Es kam der CDU-Führung darauf an, daß Adenauer im Hinblick auf die innenpolitische Entwicklung in Westdeutschland und die nächsten Bundestagswahlen den gleichen propagandistischen Nutzen aus dem Kennedy-Besuch in Westberlin ziehen kann wie Brandt.

Die Kreise der CDU/CSU, die auf eine baldige Ablösung Adenauers drängen, setzen andererseits große Hoffnungen auf den bevorstehenden Besuch Kennedys. Sie vertreten die Auffassung, daß Kennedy durch sein Auftreten diese Kreise faktisch in ihrem Bestreben, Adenauer baldmöglichst abzulösen, unterstützen würde.

Führende Bonner und Westberliner Kreise versuchen den Kennedy-Besuch zu stärkeren Provokationen gegenüber der DDR auszunutzen. Wie von einer glaubwürdigen Quelle berichtet wurde, soll der Auslandskorrespondent einer führenden Westberliner Zeitung in einem geplanten Interview mit Kennedy u.a. nachfolgende provokatorische Fragen beharfen:

- Soll der (West)Berlin-Besuch Kennedys auch den Status Berlins als deutsche Hauptstadt unterstreichen?
- Sieht die amerikanische Regierung Möglichkeiten, um den "Morden" an der Berliner Mauer Einhalt zu gebieten?
- Warum hat die amerikanische Regierung von Tagungen des Bundestages in (West)Berlin abgeraten, obwohl die "ostzonenale" Volkskammer ständig ihre Sitzungen in "Ostberlin" durchführt?

- 8 -
HUA Nr. 198 / 37

Information über den Besuch Kennedys in der Bundesrepublik und West-Berlin

BStU
000037

- 8 -

- Lassen die jüngsten sowjetisch-amerikanischen Sondierungs-
spräche die Hoffnung zu, daß es in Berlin zu innerstädtischen
Erleichterungen kommt?

Um den Kennedy-Besuch in Westberlin propagandistisch auszu-
nutzen, werden das "Zweite Deutsche Fernsehen" und der "Sender
Freies Berlin" gemeinsam unter Beteiligung amerikanischer
Offiziere eine groß angelegte Direktübertragung über die gesamte
Dauer des Aufenthalts Kennedys in Westberlin durchführen.

Aus Kreisen der Westberliner Bereitschaftspolizei wurden
Spekulationen bekannt, daß in der Zeit des Kennedy-Besuchs
Provokationen in Form von Grenzdurchbrüchen nach Westberlin
vorbereitet werden könnten. In einer Beratung leitender Offiziere
der Bereitschaftspolizei und der angeschlossenen Pionierein-
heiten in der Kaserne Lankwitz wurde beschlossen, alle pro-
visorischen Schutzzanlagen entlang der Staatsgrenze zum de-
mokratischen Berlin stärker auszubauen.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen
nicht öffentlich ausgewertet werden.

HVA Nr. 198 / 38